

■ 1 Insolvenzen

1.1 Insolvenzen in Deutschland: Das Jahr 2001

Die Zahl der Insolvenzen hat sich 2001 in Deutschland deutlich nach oben bewegt. Damit sind die Gesamtinsolvenzen fast an der Marke von 50.000 Fällen angekommen: 49.600 Gesamtinsolvenzen im Jahre 2001 bedeuten eine Steigerungsrate von 18,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr (2000: 41.780). Damit wird der Zuwachs, der bereits im Vorjahr das Gesamtinsolvenzgeschehen gegenüber 1999 bestimmte, fortgeführt. Im Jahr 2000 betrug er gegenüber 1999 23,4 Prozent (33.870 Gesamtinsolvenzen in 1999). Gegen Ende der letzten Dekade hat es zunächst ausgesehen, als würden die Insolvenzzahlen stagnieren. 1998 war sogar bei den Gesamtinsolvenzen – wie auch bei den Unternehmensinsolvenzen – ein leichter Rückgang von 0,3 Prozent bzw. 4,3 Prozent zu registrieren. Diese „Pause“ ist bereits seit dem letzten Jahr vorüber.

Neuer Höchststand

Tab. 1: Insolvenzverfahren in Gesamtdeutschland

■	Gesamt- Insolvenzen		Unternehmens- Insolvenzen	
1991	13.323		8.837	
1992	15.302	+ 14,9%	10.920	+ 23,6%
1993	20.298	+ 32,6%	15.148	+ 38,7%
1994	24.928	+ 22,8%	18.824	+ 24,3%
1995	28.785	+ 15,5%	22.344	+ 18,7%
1996	31.471	+ 9,3%	25.530	+ 14,3%
1997	33.398	+ 6,1%	27.474	+ 7,6%
1998	33.977	+ 1,7%	27.828	+ 1,3%
1999	33.870	- 0,3%	26.620	- 4,3%

■	2000	2001 *)
Unternehmensinsolvenzen	27.930	32.400
Veränderung zum Vorjahr	+ 4,9%	+ 16,0%
Verbraucherinsolvenzen	10.360	13.600
Veränderung zum Vorjahr	+ 322,9%	+ 31,3%
sonstige Insolvenzen	3.490	3.600
Veränderung zum Vorjahr	- 27,3%	+ 3,2%
Gesamtinsolvenzen	41.780	49.600
Veränderung zum Vorjahr	+ 23,4%	+ 18,7%

*) von Creditreform geschätzt

**„Sonstige Insolvenzen“:
Nachlässe, Vereine etc.**

Sicher hat die Option des neuen Insolvenzrechts, das seit 1999 auch Verbrauchern die Möglichkeit eines Insolvenzverfahrens bei Zahlungsunfähigkeit gibt, die Zahl der Gesamtinsolvenzen hochgetrieben. Immerhin betrifft fast jeder vierte Insolvenzantrag eine natürliche Person. Dabei sind natürliche Personen nicht nur unter den zahlungsunfähigen Verbrauchern, sondern auch unter überschuldeten Erben bei den Nachlassinsolvenzen zu finden. In der vorliegenden Tabelle sind alle Insolvenzanträge, die nicht Unternehmensinsolvenzen – und dies einschließlich Kleingewerbetreibender – und Verbraucher betreffen, unter der Rubrik „sonstige Insolvenzen“ zu finden. Dabei handelt es sich um rund 3.600 Fälle, unter denen sich auch juristische Personen wie etwa Stiftungen oder Vereine wiederfinden, die eben nicht als Unternehmen im Sinne einer Gewinnerzielung gezählt werden. Die sonstigen Insolvenzen verzeichnen ein Plus von 3,2 Prozent.

Steigende Anteile am gesamten Insolvenzgeschehen erreichen die Verbraucherinsolvenzen. Hatte es zunächst noch so ausgesehen, als würden die Rechtsmittel von den überschuldeten Bürgern nicht angenommen, so kam es im Vorjahr bereits zu einer deutlichen Steigerung. Rund 10.360 Verbraucherinsolvenzverfahren wurden beantragt – bei einem niedrigen Basiswert war dies eine Steigerung von 322,9 Prozent gegenüber dem Wert von 1999. In diesem Jahr beträgt der Zuwachs 31,3 Prozent auf 13.600 Verbraucherinsolvenzverfahren. Es werden nur die tatsächlichen Insolvenzanträge bei Gericht gezählt; daneben befinden sich noch eine Vielzahl von Verbrauchern im außergerichtlichen „Vorstadium“, weil der Gesetzgeber zunächst eine Schuldnerberatung und den Versuch einer außergerichtlichen Einigung mit den Gläubigern verlangt. Die Schuldnerberatungsstellen aber sind überlastet. Außerdem werden sie im Hinblick auf die Erleichterungen, die mit der Reform des Insolvenzrechts ab 2002 eintreten, ihren Klienten raten, in 2001 noch keinen Insolvenzantrag zu stellen. Würde man diese Personen hinzurechnen, so wäre die Zahl der Verbraucherinsolvenzen wesentlich höher. Ein Anhaltspunkt für die weitere Entwicklung mag das amerikanische Recht geben: Dort betrifft unter allen

bankruptcy files nur ein kleiner Teil die Unternehmen. Im zweiten Quartal 2001 gab es 390.064 „non business files“ und „nur“ 10.330 Unternehmensinsolvenzen.

Die Unternehmensinsolvenzen haben in Deutschland so stark wie seit 1995 nicht mehr zugenommen: Um 16,0 Prozent veränderte sich binnen Jahresfrist die Zahl der Insolvenzanträge für Unternehmen von 27.930 auf 32.400 Fälle. Die Unternehmensinsolvenzen gilt es zu analysieren: Anders als Verbraucherinsolvenzen, deren Ursachen möglicherweise in strukturellen Defiziten einer Gesellschaft liegen, sind die Pleiten von Unternehmen Ausdruck ökonomischer Veränderungen, vielleicht sogar Erosionen, deren Aufklärung nur im gesamtwirtschaftlichen und konjunkturellen Kontext möglich ist.

Westdeutschland zählt nicht nur wesentlich mehr Insolvenzen als Ostdeutschland, sondern weist im Jahr 2001 auch die höheren Steigerungsraten gegenüber dem Vorjahr auf. So sind in den alten Bundesländern die Gesamtinsolvenzen bei 36.700 Fällen um 24,0 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen (29.590). Während die Verbraucherinsolvenzen nach dem rasanten Anstieg im Jahr 2000 (plus 342,9 Prozent) mit einem Zugang von 25,7 Prozent auf 11.300 Anträge in diesem Jahr gestiegen sind, ist es bei den Unternehmensinsolvenzen zu einer Trendumkehr gekommen. In den Jahren 1999 und 2000 konnten die Änderungsraten gegenüber den Vorjahren noch ein Minus vorweisen (1999: minus 4,2 Prozent; 2000: minus 4,9 Prozent). Mit 22.500 anzunehmenden Unternehmensinsolvenzen bis zum Jahresende 2001 gegenüber 18.120 betrieblichen Pleiten in 2000 ist nun ein Plus von 24,2 Prozent zu errechnen. In Westdeutschland haben auch die „sonstigen Insolvenzen“ – nach dem Rückgang im Vorjahr – kräftig zugelegt: Von 2.480 Fällen (2000) auf 2.900 Fälle (2001) mit einem Plus von 16,9 Prozent. Bleibt kurz darauf hinzuweisen, dass sich hier auch „Wirtschaftssubjekte“ etwa als Gesellschafter von Unternehmen in ihrer persönlichen Haftung finden, die – anders als Nachlasskonkurse –

Entscheidend: Unternehmensinsolvenzen nehmen zu

durchaus Schlüsse auf das wirtschaftliche Geschehen zulassen.

Tab. 2: Insolvenzverfahren in Westdeutschland

■	Gesamtinsolvenzen		Unternehmensinsolvenzen	
1991	12.922	- 2,6%	8.445	- 3,2%
1992	14.117	+ 9,2%	9.828	+ 16,4%
1993	17.537	+ 24,2%	12.821	+ 30,5%
1994	20.092	+ 14,6%	14.913	+ 16,3%
1995	21.714	+ 8,1%	16.470	+ 10,4%
1996	23.078	+ 6,3%	18.111	+ 10,0%
1997	24.212	+ 4,9%	19.348	+ 6,8%
1998	33.977	+ 1,7%	19.886	+ 2,8%
1999	25.110	- 0,2%	19.050	- 4,2%

■	2000	2001 *)
Unternehmensinsolvenzen	18.120	22.500
Veränderung zum Vorjahr	- 4,9%	+ 24,2%
Verbraucherinsolvenzen	8.990	11.300
Veränderung zum Vorjahr	+ 342,9%	+ 25,7%
sonstige Insolvenzen	2.480	2.900
Veränderung zum Vorjahr	- 38,5%	+ 16,9%
Gesamtinsolvenzen	29.590	36.700
Veränderung zum Vorjahr	+ 17,8%	+ 24,0%

*) von Creditreform geschätzt

Auch die neuen Bundesländer haben einen Zugang bei den Gesamtinsolvenzen hinzunehmen – der ist aber weniger ausgeprägt als im Westen. Mit 12.900 Gesamtinsolvenzen ist bis Jahresende 2001 zu kalkulieren; gegenüber dem Vorjahr mit 12.190 Gesamtinsolvenzanträgen bedeutet dies ein Mehr von 5,8 Prozent. Im Jahr 2000 lag das Plus gegenüber 1999 im Osten noch bei 39,2 Prozent (2000: 12.190; 1999: 8.760). Mit 9.900 Unternehmensinsolvenzen in Ostdeutschland (plus 0,9 Prozent) liegt man nur wenig über dem Wert des Jahres 2000 (9.810 Unternehmenszusammenbrüche). Um 67,9 Prozent ist die Zahl der Verbraucherinsolvenzen von 1.370 Fällen (2000) auf 2.300 Anträge (2001) gestiegen. Die „sonstigen Insolvenzen“ haben um 30,7 Prozent von 1.010 Anträgen im letzten Jahr auf 700 Fälle abgenommen. In

Osten nimmt 2001 weniger stark zu

diesem Sektor der Insolvenzlandschaft haben sich die Vorzeichen der Veränderung umgedreht (2000 gegenüber 1999: plus 31,2 Prozent).

Tab. 3: Insolvenzverfahren in Ostdeutschland

■	Gesamt- Insolvenzen		Unternehmens- Insolvenzen	
1991	401		392	
1992	1.185	+ 195,5%	1.092	+ 178,6%
1993	2.761	+ 133,0%	2.327	+ 113,1%
1994	4.836	+ 75,2%	3.911	+ 68,1%
1995	7.071	+ 46,2%	5.874	+ 50,2%
1996	8.393	+ 18,7%	7.419	+ 26,3%
1997	9.186	+ 9,4%	8.126	+ 9,5%
1998	8.815	- 4,0%	7.942	- 2,2%
1999	8.760	- 0,6%	7.570	- 4,7%

■	2000	2001 *)
Unternehmensinsolvenzen	9.810	9.900
Veränderung zum Vorjahr	+ 29,6%	+ 0,9%
Verbraucherinsolvenzen	1.370	2.300
Veränderung zum Vorjahr	+ 226,2%	+ 67,9%
Sonstige Insolvenzen	1.010	700
Veränderung zum Vorjahr	+ 31,2%	- 30,7%
Gesamtinsolvenzen	12.190	12.900
Veränderung zum Vorjahr	+ 39,2%	+ 5,8%

*) von Creditreform geschätzt

Wie prekär die Situation in den neuen Ländern bei den mittelständischen Unternehmen weiterhin ist, weist der Vergleich der Unternehmensinsolvenzzahl in Ost und West aus: Mit 9.900 Fällen liegt man knapp unter der Hälfte des westdeutschen Aufkommens bei den Unternehmensinsolvenzen. Und dies bei einer deutlich geringeren Unternehmensdichte: So beträgt die Zahl der Unternehmen nach der letzten Umsatzsteuerstatistik in Westdeutschland 2,37 Millionen, in Ostdeutschland 511.000. Dieser relative Wert sieht bei den Verbraucherinsolvenzen anders aus. In Westdeutschland gibt es rund 3,7 mal so viele Haushalte wie im Osten (alte Bundesländer: 29,9 Millionen Haushalte; neue Bundesländer: 8,2 Millionen Haushalte).

Relativ wenige Verbraucherinsolvenzen im Osten

Bei der Zahl der Verbraucherinsolvenzanträge allerdings hat man in den alten Bundesländern mit dem fast fünffachen Wert (Insolvenzanträge West: 11.300; Ost: 2.300) eine deutlich höhere Quote.

1.2 Reform der Insolvenzordnung

Die Reform der Insolvenzordnung ist seit dem 1. Dezember geltendes Recht. Drei Jahre nachdem das Gesetz in Kraft getreten ist, wurden umfassende Änderungen im Verbraucherinsolvenzverfahren und einige Neuerungen im Regelverfahren für Unternehmen beschlossen. Die wichtigsten Änderungen seien kurz dargestellt.

Bei Unternehmensinsolvenzverfahren hatten insbesondere die auf die Bundesanstalt für Arbeit übergegangenen Lohnforderungen der Arbeitnehmer oftmals für eine Aufzehrung der Masse gesorgt und so die Sanierung des Unternehmens unmöglich gemacht. Bislang gehörten die Entgeltansprüche der Arbeitnehmer, die im Eröffnungsverfahren weiterbeschäftigt wurden und von der Bundesanstalt für Arbeit Insolvenzgeld erhielten, zu den Masseverbindlichkeiten, die vorweg befriedigt werden mussten. Seit Anfang Dezember sind sie zu normalen Insolvenzforderungen herabgestuft. Ziel dieser Regelung ist es, die Chancen auf eine Weiterführung des Betriebes zu erhöhen.

Kritisiert wurden die Vergabekriterien für die Bestellung zum Insolvenzverwalter. Das Gericht bestimmt den Insolvenzverwalter. Es ist jedoch – auch in der reformierten Insolvenzordnung – nicht geregelt, nach welchen Kriterien die Entscheidung zu treffen ist. Da die Frage, welcher Verwalter für das Verfahren zuständig ist, häufig als Schicksalsfrage bezeichnet wird, ist es nicht nachvollziehbar, warum die Vergabekriterien nicht transparent gemacht werden.

Der vom Gericht bestellte Insolvenzverwalter kann von der Mehrheit der Gläubigerversammlung durch einen anderen ersetzt werden. Wie sich diese Mehrheit zusammensetzen muss, ist neu: Bislang galt die reine Summenmehrheit. Je höher die Forderung eines

Gläubigers war, desto mehr Stimmen bekam er. Die Mehrheit der Stimmen entschied über den Insolvenzverwalter. Großgläubiger wie Banken konnten durch dieses System oft einen Wunschverwalter einsetzen, weil sie in der Gläubigerversammlung die Mehrheit hatten. Um diesem Missverhältnis zu begegnen, wurde als ausgleichendes Korrektiv zusätzlich das Kopfprinzip eingeführt. Kopfprinzip heißt: pro Gläubiger eine Stimme. Nun muss zur Verwalterabwahl sowohl die Kopf- als auch die Summenmehrheit vorliegen.

Kleingewerbetreibende müssen wieder das Regelinsolvenzverfahren durchlaufen. Das Verbraucherinsolvenzverfahren ist nur noch für Privatpersonen und selbstständig wirtschaftlich tätige Personen geöffnet, deren Vermögensverhältnisse überschaubar sind und gegen die keine Forderungen aus Arbeitsverhältnissen bestehen. Überschaubar sind Vermögensverhältnisse dann, wenn nicht mehr als 20 Gläubiger zu befriedigen sind. Die neue Regelung wird zu einem Anstieg der Unternehmensinsolvenzen führen, da Kleingewerbetreibende künftig wieder den Unternehmensinsolvenzen zufallen. Dafür wird es bei den Verbrauchern Rückgänge in derselben Höhe geben. Nur auf die Zahl der Gesamtinsolvenzen wird sich die Änderung nicht auswirken.

Kleingewerbetreibende zur Unternehmensinsolvenz

Die Änderungen im Verbraucherinsolvenzverfahren stärken die Position des Schuldners: Die heftig umstrittene Frage der Gewährung von Prozesskostenhilfe für gänzlich mittellose Schuldner ist zu Gunsten einer Stundungsvereinbarung geregelt worden. Die Verfahrenskosten werden bis nach der Restschuldbefreiung gestundet und umfassen neben den Gerichtsgebühren auch die im Schuldenbereinigungsplanverfahren entstandenen Auslagen.

Die Wohlverhaltensperiode, also die Zeit bis zur Erteilung der Restschuldbefreiung, wurde von sieben auf sechs Jahre verkürzt. Während der Wohlverhaltensperiode muss der Schuldner den pfändbaren Teil seiner Einkünfte an einen Treuhänder abgeben und darf keine neuen Schulden machen. Der Beginn der Wohlverhaltensperiode wurde ebenfalls vorgezogen: Sie be-

ginnt mit der Eröffnung des Verfahrens und nicht mehr nach dessen Aufhebung. Zur Begründung wurde angefügt, dass eine siebenjährige Wohlverhaltensperiode den Neuanfang für Schuldner in so weite Ferne rücken würde, dass er sich kaum motivieren könne, so lange durchzuhalten.

Neue Pfändungsfreigrenzen

Für den Schuldner erleichternd kommt noch hinzu, dass die neue Anhebung der Pfändungsfreigrenzen auch im Insolvenzverfahren gilt. Ihm bleibt also während der Wohlverhaltensperiode ein größerer Selbstbehalt.

Die neuen Regelungen werden bereits jetzt diskutiert. Verbraucherschützer und Schuldnerberatungen begrüßen die Novellierung. Es bleibt jedoch zu bedenken, dass die ursprüngliche Intention des Gesetzgebers die bestmögliche Befriedigung der Gläubiger war. Nun scheint eher der Neuanfang wirtschaftlich gescheiterter Personen im Mittelpunkt zu stehen.

1.3 Insolvenzschiäden

Eine höhere Zahl von Insolvenzen zieht auch größere Schiäden nach sich. Die meisten Insolvenzanträge der Gläubiger beruhen auf Zahlungsunfähigkeit; die Überschuldung kommt nur bei Kapitalgesellschaften zum Zuge und ist auch da eher selten. Im Jahre 2001 sind es Forderungen privater Gläubiger in Höhe von 43 Mrd. DM, die insolvente Unternehmen und Verbraucher schuldig bleiben. Ein deutlicher Zugang von mehr als 20 Prozent, der Kreditinstitute und Lieferanten gleichermaßen trifft. Hinzuzurechnen sind die Ausfälle der Öffentlichen Hand: Sie haben ebenfalls von 18 Mrd. DM im Jahre 2000 auf 20 Mrd. DM in diesem Jahr zugelegt. Insgesamt beträgt das Schadensvolumen durch Insolvenzen im Jahre 2001 rund 63 Mrd. DM – im Vorjahr lag dieser Wert noch bei 53 Mrd. DM. Während es in den neuen Ländern in der Summe nur zu einer leichten Steigerung von 15 auf 16 Mrd. DM binnen Jahresfrist gekommen ist, hat man im Westen einen starken Zugang von 38 (2000) auf 47 Mrd. DM hinzunehmen.

**Tab. 4: Insolvenzschäden in West- und Ostdeutschland
in Mrd. DM**

■	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	private Schäden	Öffentliche Hand	private Schäden	Öffentliche Hand
1991	9	8	-	-
1992	10	9	-	-
1993	18	12	-	-
1994	24	14	6	6
1995	26	14	8	6
1996	30	15	10	7
1997	31	15	11	8
1998	28	13	10	8
1999	25	12	10	7
2000	27	11	8	7
2001 *)	34	13	9	7

*) von Creditreform geschätzt

***Insolvenz: Kreditgeber gehen
leer aus***

Den größten Anteil am Schadensaufkommen erreichen die Unternehmensinsolvenzen. Nur rund 5 bis 6 Mrd. DM des Gesamtaufkommens werden von natürlichen Personen und den entsprechenden Verfahren, insbesondere von Verbraucherinsolvenzen, verschuldet. Leider sind die Ausfallraten im Zuge notleidender Kredite der Banken nicht bekannt; allerdings weist die Statistik der Bundesbank für das Volumen der Kredite an inländische Unternehmen seit Beginn des Jahres 2000 eine Stagnation auf. Die letzten vorliegenden Zahlen zum dritten Quartal 2001 zeigen sogar einen leichten Rückgang. Damit ist es den Finanzierungsinstituten in Deutschland in der Krise vielleicht gelungen, ihr Ausfallrisiko zu minimieren. So dürfte die Steigerung des Schadensniveaus eher bei den Lieferantengläubigern liegen. Dafür sprechen auch tendenziell höhere Leistungen der Kreditversicherer bereits im Jahre 2000. Anzumerken bleibt in diesem Zusammenhang, dass Lieferanten und Dienstleister weniger Sicherungsmöglichkeiten haben, um sich im Insolvenzfall schadlos zu halten. In einer aktuellen Umfrage vom Herbst 2001 unter Deutschlands Mittelständlern berichten 52,4 Prozent der Betriebe von Forderungsverlusten wegen Kundeninsolvenzen, im Vorjahr waren es im Zusammenhang dieser Befragung noch 48,6 Prozent. Dem entspricht ein Zugang bei den Forderungs-

verlusten im Mittelstand in der Größe von über einem Prozent des Umsatzes bei 23,7 Prozent der befragten Betriebe (Vorjahr: 19,8 Prozent). Auch diese Forderungsverluste sind zum größten Teil durch die Zahlungsunfähigkeit des Schuldners verursacht.

Tab. 5: Forderungsverluste wegen Kundeninsolvenz(en) im Jahr 2001

Es trifft ungesicherte Lieferanten

■	Ja	Nein
Verarb. Gewerbe	50,3 (48,5)	49,0 (49,2)
Bau	43,1 (37,5)	56,9 (59,7)
Handel	57,3 (58,2)	42,4 (39,8)
Dienstleistungen	56,1 (48,3)	43,3 (49,3)
Gesamt	52,4 (48,6)	47,1 (49,1)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Hier ist zu erwähnen, dass die im Zusammenhang mit der Insolvenz angemeldeten Forderungen nur die Spitze des Eisberges darstellen. In der Praxis verzichten viele Gläubiger auf die Anmeldung der Forderung, weil sie den Aufwand im Verhältnis zu den zu realisierenden Quoten sehen. Insolvenzpläne, wie sie vom Insolvenzrecht angestrebt werden, und bei denen unter Beteiligung der Gläubiger ein Weg zur Sanierung des fallierten Betriebes und damit auch zu einer höheren Forderungsrealisierung der Gläubiger begangen wurde, sind immer noch selten. Vielfach kommt es, nachdem der Insolvenzplan zunächst den Konsens der Beteiligten zeigte, schließlich doch noch zur Ablehnung und damit zur Zerschlagung des insolventen Unternehmens. Allerdings bleibt festzuhalten, dass die Zahl der masselosen Konkurse auch 2001 weiter abgenommen hat. Immerhin gehen mittlerweile fast die Hälfte der Unternehmensinsolvenzen in das Insolvenzverfahren und bieten damit zumindest einen Ansatz zum Einzug ausstehender Forderungen. Die beiden folgenden Tabellen zeigen, wie die Zahl masseloser Konkurse seit 1998 bzw. seit 1999 in Ostdeutschland rückläufig ist.

Tab. 6: Unternehmensinsolvenzen in Westdeutschland

■	Insolvenz- verfahren	mangels Masse abgelehnt	
		Absolut	in Prozent
1991	8.445	5.989	70,9
1992	9.828	6.871	69,9
1993	12.821	8.987	70,1
1994	14.913	10.713	71,8
1995	16.470	11.821	71,8
1996	18.111	12.982	71,7
1997	19.348	14.061	72,7
1998	19.886	13.890	69,8
1999	19.050	12.700	66,7
2000	18.120	10.102	55,8
2001 *)	22.500	12.000	53,3

***Masselosigkeit:
Auf gutem Weg***

*) von Creditreform geschätzt

Es ist sicher ein Erfolg der neuen rechtlichen Rahmenbedingungen, wenn die Zahl der wegen Masselosigkeit abgelehnten Verfahren wieder auf einen Level kommt, wie er in den fünfziger und sechziger Jahren in Westdeutschland üblich war (1950 mangels Masse abgelehnt: 26,9 Prozent; 1960: 35,2 Prozent).

Tab. 7: Unternehmensinsolvenzen in Ostdeutschland

■	Insolvenz- verfahren	mangels Masse abgelehnt	
		absolut	in Prozent
1991	392	67	17,1
1992	1.092	449	41,1
1993	2.327	1.209	52,0
1994	3.911	2.379	60,8
1995	5.874	3.716	63,3
1996	7.419	5.041	67,9
1997	8.126	5.672	69,8
1998	7.942	6.074	76,5
1999	7.570	6.103	80,6
2000	9.810	6.400	65,2
2001 *)	9.900	5.900	59,6

*) von Creditreform geschätzt

Hinweise auf die Struktur der Forderungen gibt eine Aufstellung des Statistischen Bundesamtes für das erste Halbjahr 2001. Bei den meisten Unternehmens-

Die Summe kleiner Forderungen

insolvenzen bewegt sich das Forderungsvolumen im Rahmen von 100.000 bis 500.000 DM (rund 40 Prozent). Eine weitere „Häufung“ findet sich in der Forderungsgrößenklasse 10.000 bis 100.000 DM (rund ein Viertel). In der Summe weist das Bundesamt innerhalb des Rasters den größten Schaden bei der Größenklasse von 1,0 bis 10,0 Mio. DM aus: Die angemeldeten Forderungen belaufen sich alleine im ersten Halbjahr in Deutschland auf mehr als 10 Mrd. DM – mehr als ein Drittel des Gesamtforderungsvolumens. Diesen Zahlen entspricht die folgende Tabelle mit einer Analyse der Umsatzgrößenklassen. Rund 40 Prozent aller Insolvenzen von Unternehmen – seien es zugelassene Verfahren, seien es mangels Masse abgelehnte – finden sich im Sektor 1,0 bis 5,0 Mio. DM. Weitere 18 Prozent (Westdeutschland) bzw. 21 Prozent (Ostdeutschland) haben vor ihrem „Sterben“ eine Umsatzgrößenklasse zwischen 600.000 DM und 1,0 Mio. DM erreicht.

Tab. 8: Insolvenzen nach Umsatzgrößenklassen 2001 *) für West- und Ostdeutschland (in Mio. DM)

■	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	absolut	%-Anteil	absolut	%-Anteil
bis 0,2	1.546	6,9	772	7,8
> 0,2 – 0,5	3.294	14,6	1.461	14,8
> 0,5 – 1,0	4.034	17,9	2.066	20,9
> 1,0 – 5,0	8.975	39,9	4.233	42,8
> 5,0 – 10,0	2.247	10,0	811	8,2
> 10,0 – 50,0	2.011	8,9	515	5,2
> 50,0 – 100,0	236	1,1	29	0,3
> 100,0	157	0,7	13	0,1
Gesamt	22.500	100,0	9.900	100,1

*) Creditreform-Schätzung

Schaden nicht genau zu beziffern

Die Bezifferung des Schadens im Gefolge von Unternehmensinsolvenzen kann immer nur Näherungswerte liefern. Bei den eröffneten Verfahren kann es sowohl zum Forderungsverzicht kommen als auch zur Nachmeldung von Forderungen. Sicher sind masselose Insolvenzen eher bei kleineren Betrieben angesiedelt, die sich in kleineren Umsatz- wie Forderungsgrößenklassen wiederfinden. Doch kommt es bei masselosen

Konkursen kaum zu einem „Durchblick“, auf welche Beträge sich die „offenen Rechnungen“ belaufen.

Tab. 9: Private Insolvenzverluste in Westdeutschland

■	Forderungsverluste in Mrd. DM	je Insolvenzfall in DM
1991	9,2	710.000
1992	10,0	850.000
1993	18,0	950.000
1994	24,0	1.200.000
1995	26,0	1.200.000
1996	30,0	1.300.000
1997	31,0	1.280.000
1998	28,0	1.150.000
1999	25,0	1.050.000
2000	27,0	865.000
2001 *)	34,0	927.000

*) von Creditreform geschätzt

Tab. 10: Private Insolvenzverluste in Ostdeutschland

■	Forderungsverluste in Mrd. DM	je Insolvenzfall in DM
1994	6,0	1.250.000
1995	8,0	1.130.000
1996	10,0	1.190.000
1997	11,0	1.200.000
1998	10,0	1.020.000
1999	10,0	1.030.000
2000	8,0	890.000
2001 *)	9,0	698.000

*) von Creditreform geschätzt

Mit einem Forderungsvolumen von knapp 5,0 Mrd. DM ist der Anteil der Verbraucherinsolvenzverfahren eher gering zu veranschlagen. Das hängt nicht nur mit der – bisher – geringen Anzahl von Verfahren zusammen, sondern eben auch damit, dass Unternehmenskredite, etwa für Investitionen, andere Dimensionen erreichen als Konsumentenkredit für den privaten Haushalt. Um die weitere Entwicklung der Schadenshöhe in diesem Sektor absehen zu können, muss man einige Faktoren ins Kalkül zu ziehen, die sich in Zukunft negativ be-

Verbraucher und Verschuldung

merkbar machen dürften. Da ist zunächst die beschriebene Änderung im Insolvenzrecht, die darauf abzielt, den überschuldeten Verbrauchern den Weg ins Verfahren zu erleichtern. Es ist davon auszugehen, dass bereits im nächsten Jahr mit dem Inkrafttreten dieser Änderungen eine „Welle“ auf uns zukommt, da viele Schuldner die Erleichterungen im nächsten Jahr abwarten. Ein Wandel findet auch in der Mentalität der Verbraucher im Hinblick auf die Finanzierung des Konsums statt. Nicht nur Finanzierungsinstrumente wie Leasing im privaten Bereich oder der Ratenkauf, die noch mit einigem Aufwand verbunden sind, sondern auch Kunden- und Kreditkarten, die „over the counter“ gehen, räumen psychologische Hürden beim Kreditkauf zur Seite. Die Zahl der eidesstattlichen Versicherungen und Haftanordnungen hat sich alleine im letzten Jahrzehnt massiv erhöht. Wurden 1991 352.000 eidesstattliche Versicherungen abgegeben, so hat sich die Zahl innerhalb von 10 Jahren fast verdoppelt (2001: 680.000).

Einen weiteren Hinweis auf die Verschuldungssituation geben die Zwangsversteigerungen von Immobilien: Nach Meldungen des Ratinger Agreta-Verlages kommt es in 2001 zu 80.000 Terminen – im Vorjahr waren es noch 57.600. Der Verkehrswert erreicht eine Summe von 23 Mrd. DM alleine im Zeitraum vom Januar bis September – damit wurde das Gesamtvolumen des Jahres 1999 von 24,5 Mrd. DM schon fast erreicht. Weitere Fakten: Rund 500 Mrd. DM beträgt der jährliche Bestand an Konsumentenkrediten in Deutschland. Rund 2,8 Mio. Haushalte gelten als überschuldet, die durchschnittliche Schuldenhöhe liegt bei fast 20.000 DM.

1.4 Arbeitsplatzverluste durch Insolvenzen

Das Geschehen am Arbeitsmarkt steht im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit von Politik und Öffentlichkeit. Im Zuge der rezessiven Entwicklung seit dem Sommer 2000 steigen die Arbeitslosenzahlen, zu Beginn des Winters nähern sie sich 3,8 Millionen Personen. Einflussfaktoren für den Arbeitsmarkt, für die Fluktuation neugeschaffener bzw. wegfallender Arbeitsplätze sind

in besonderem Maße Neugründungen von Unternehmen bzw. Liquidationen und Insolvenzen. Unter dem Gesichtspunkt, in welchen Branchen neue Betriebe entstehen oder wo sie verschwinden, lässt sich auch feststellen, wo neue zukunftsfähige Arbeitsplatzkonzepte errichtet werden bzw. in welchen „überlebten“ Wirtschaftsbranchen Stellen nur durch Subventionen zu erreichen sind.

Dabei gilt für die Arbeitsplatzverluste ähnliches wie für die Erfassung der Schäden: Bereits im Vorfeld des Insolvenzantrags kommt es zu Forderungsausfällen der Gläubiger und es werden schließlich Arbeitsplätze gestrichen, oder informierte Mitarbeiter orientieren sich neu auf dem Arbeitsmarkt. Ebenso wie neugegründete Unternehmen wachsen, dürfte auf der anderen Seite des Lebenszyklus bis zum Ende des Betriebes durch die Insolvenz bereits einige Jahre früher eine schleichende Auszehrung stattfinden. Untersuchungen zu den Arbeitsplätzen von Neugründern zeigen, dass von den 3,7 Beschäftigten bei der Gründung (einschließlich Gründer) ein Wachstum bis auf 5,5 Beschäftigte im sechsten Jahr stattfindet (Münchener Gründerstudie). Die beiden folgenden Tabellen weisen die Altersstruktur insolventer Unternehmen auf. Rund 50 Prozent der Pleiteunternehmen bewegen sich in der Zeitschiene, wie sie im Zusammenhang mit der Untersuchung zur Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Gründer vorgegeben ist. Diese Betriebe tauchen in der genannten Studie nicht auf. Immerhin ein Drittel der insolventen Betriebe (Ostdeutschland: 14,6 Prozent) ist älter als zehn Jahre alt geworden: Hier wird wohl umgekehrt in den letzten fünf Jahren vor dem Schlusspunkt des Scheiterns in der Insolvenz eine entsprechende Reduzierung der Belegschaften analog dem Aufbaugeschehen stattgefunden haben.

Die Besten gehen schon vorher

Tab. 11: Insolvenzen nach Unternehmensalter 2001

■	Westdeutschland	Ostdeutschland
0 bis 2 Jahre	18,0 (19,1)	16,9 (19,9)
3 bis 4 Jahre	18,6 (18,4)	20,6 (20,7)
5 bis 6 Jahre	13,2 (13,2)	16,4 (16,6)
7 bis 8 Jahre	9,5 (9,6)	13,7 (16,5)
9 bis 10 Jahre	7,5 (7,8)	17,8 (20,4)
über 10 Jahre	33,2 (32,0)	14,6 (5,9)

Angaben in Prozent, () = Vorjahresangaben

Klein und jung

Wie die Altersstruktur so bleiben auch die Größenklassen für die Beschäftigtenzahlen insolventer Unternehmen über die Jahre relativ konstant. Gegenüber dem Vorjahr hat die Zahl betroffener Mikrobetriebe in Westdeutschland leicht abgenommen (2000: 60,4 Prozent; 2001: 56,3 Prozent), in Ostdeutschland hat sie zugunsten der größeren Klasse von sechs bis zehn Beschäftigten abgenommen. Gerade diese Strukturen werden vielfach als Beleg für die Insolvenzbetroffenheit des Mittelstandes ins Feld geführt: Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten – wie sie in der vorliegenden Analyse im nachfolgenden Kapitel vorgestellt werden – spielen für die Gesamtstatistik kaum eine Rolle.

Tab. 12: Beschäftigtenzahl insolventer Unternehmen in Prozent (Branchendurchschnitt)

■	West	Ost
1 – 5 Personen	56,3 (60,4)	47,1 (48,3)
6 – 10 Personen	14,7 (15,8)	19,3 (18,8)
11 – 20 Personen	11,2 (11,2)	14,9 (17,1)
21 – 50 Personen	7,9 (8,1)	10,6 (11,5)
51 – 100 Personen	2,7 (2,8)	3,0 (3,0)
> 100 Personen	1,9 (1,8)	1,2 (1,3)

() = Vorjahresangaben, Rest o. A.

Wegen dieser geringen Strukturveränderungen bewegen sich die Gesamtarbeitsplatzverluste durch Unternehmensinsolvenzen alleine durch die neuen Zahlen bei den Unternehmensinsolvenzen. Parallel zu den steigenden Insolvenzen haben die Arbeitsplatzverluste in Westdeutschland um 13,8 Prozent im Jahre 2001

zugenommen. Betroffen sind damit 330.000 Arbeitnehmer in den alten Bundesländern; im Vorjahr war noch ein leichter Rückgang um 0,3 Prozent mit einem Wert von 290.000 Arbeitsplätzen zu registrieren gewesen.

Tab. 13: Gesamtarbeitsplatzverluste zusammengebrochener Unternehmen in Westdeutschland

■	Anzahl der Personen	Veränderung in Prozent
1990	63.000	- 3,2
1991	64.000	+ 1,6
1992	100.000	+ 56,3
1993	235.000	+ 135,0
1994	267.000	+ 13,6
1995	292.000	+ 9,4
1996	317.000	+ 8,6
1997	348.000	+ 9,8
1998	313.000	- 10,1
1999	291.000	- 7,0
2000	290.000	- 0,3
2001 *)	330.000	+ 13,8

*) von Creditreform geschätzt

***Mehr als eine halbe Million
Arbeitsplatzverluste***

Ostdeutschland, das dank der positiven Entwicklung in den Vorjahren einen entsprechenden Rückgang bei den Arbeitslosenzahlen bis auf 158.000 Betroffene erreicht hatte (minus 12,2 Prozent in 2000), weist eine überdurchschnittliche Steigerungsrate in diesem Jahr auf. 173.000 Mitarbeiter verlieren den Arbeitsplatz aufgrund der Insolvenz ihres Arbeitgebers; das ist ein Plus von 9,5 Prozent (Unternehmensinsolvenzen in Ostdeutschland: plus 0,9 Prozent).

Tab. 14: Gesamtarbeitsplatzverluste zusammengebrochener Unternehmen in Ostdeutschland

■	Anzahl der Personen	Veränderung in Prozent
1994	66.000	
1995	102.000	+ 54,5
1996	170.000	+ 66,7
1997	206.000	+ 21,2
1998	188.000	- 8,7
1999	180.000	- 4,3
2000	158.000	- 12,2
2001 *)	173.000	+ 9,5

*) von Creditreform geschätzt

1.5 Tour d'horizon: Große Insolvenzen im Jahr 2001

„Gerhard, Gerhard ...“

Erklärtes Ziel der Insolvenzrechtsreform ist es, angeschlagene Unternehmen frühzeitig zur Stellung eines Insolvenzantrages zu bewegen, um die Sanierungschancen zu erhöhen. Gerade bei großen Firmen wird von dieser Möglichkeit oft kein Gebrauch gemacht, sondern die Sache politisch und außergerichtlich geregelt. Ob diese Vorgehensweise immer sachdienlich ist, darf bezweifelt werden. Beispiel Holzmann: Vor genau zwei Jahren verkündete Gerhard Schröder die Rettung des Unternehmens. Seitdem wurden 6000 Stellen abgebaut. Zwar kommen aus dem Ausland immer wieder Aufträge, im Inland liegt aber alles brach. Holzmann schreibt weiterhin rote Zahlen – im ersten Halbjahr 2001 110 Millionen DM – das ist fast soviel wie im gesamten Jahr 2000 (156 Millionen DM).

Der LTU, die durch die Pleite ihres größten Aktionärs Swissair in Schwierigkeiten geriet, geht es nicht anders, auch sie wird aus „politischen Gründen“ erhalten. Zwar wurde die Insolvenz abgewehrt, weil die Stadtsparkasse Düsseldorf treuhänderisch die LTU-Anteile der Swissair übernahm, die Landesregierung eine Bürgschaft stellte, und das Boden- und Kabinenpersonal sowie die Piloten auf einen Teil Ihres Einkommens verzichteten. Das Problem ist damit aber nicht aus der Welt, sondern nur aufgeschoben. Langfristig muss ein Investor gefunden werden.

Die Bemühungen um die Schmidt Bank im oberfränkischen Hof waren bisher von Erfolg gekrönt. Die vier deutschen Großbanken Commerzbank, Deutsche Bank, Dresdner Bank und Hypovereinsbank sowie die bayerische Landesbank vereinbarten, das angeschlagene Traditionshaus durch eine gemeinsame Auffanggesellschaft zu übernehmen. Bleibt die Frage, ob die Banken ein Interesse am Überleben eines Konkurrenten haben.

Neben den Problemen, die die Ereignisse des 11. September unter anderem für die Fluggesellschaften mit sich brachten, haben auch eine ganze Reihe anderer Insolvenzen für Aufsehen gesorgt. Immer noch sind es vor allem die Pleiten am Neuen Markt, die in der Presse erscheinen. Jüngstes Beispiel ist die Brokat Technologies AG aus Stuttgart, die 1994 gegründet wurde und 1998 an die Börse ging. Im August wurde der Insolvenzverwalter Dirk Pfeil in den Aufsichtsrat geholt, doch alle Bemühungen scheiterten. Am 23. November meldete Brokat Insolvenz an. Producta, Lipro, Teldafax und Biodata ging es wie vielen anderen. Die Biodata Information Technology AG ist das erste Nemax-50-Unternehmen, dass Insolvenz anmeldete. Laut Insolvenzverwalter Westerhelle wurde die Biodata „Opfer ihrer eigenen Wachstumshektik“. Diese Aussage bietet wohl für viele Unternehmen am Neuen Markt eine treffende Beschreibung.

Seit Anfang Oktober sanktioniert die Deutsche Börse zahlungsunfähige Unternehmen und Billigaktien unter einem Euro, indem sie sie vom Kurszettel streicht. Grund ist das angeschlagene Image des einstigen „Qualitätssegments“ – das Verbrauchervertrauen soll zurückerobert werden. Getroffen hat es bereits die Firmen Kabel New Media und die Hamburger Management Data AG. Experten rechnen mit einem großen Loch, dass die neuen Regeln in den Kurszettel reißen werden. In der Liste der größten Insolvenzen in diesem Jahr erscheinen die Pleiten am Neuen Markt jedoch nicht, was daran liegt, dass häufig „nur“ Arbeitsplatzverluste von hundert Beschäftigten zu beklagen sind.

Neuer Markt: Mehr Substanz und mehr Zeit

Old Economy Crunch

Einzigste Ausnahme ist die Kinowelt Medien AG. Am 29. November stellte die niederländische Bank ABN Amro den Insolvenzantrag für das Unternehmen. Zuvor wurden Kredite in Höhe von rund 100 Millionen Mark gekündigt. Die Aktien des Medienunternehmens wurden am Freitag vom Handel ausgesetzt. Der langjährige Finanzvorstand hatte bereits im August sein Amt niedergelegt. Als ein Grund für die finanziellen Schwierigkeiten gilt der Kauf eines Filmpakets des Hollywood Studios Warner vor zwei Jahren. Kinowelt zahlte für die deutschen Rechte 300 Millionen Dollar, konnte aber nur wenige Filme bei Fernsehsendern absetzen.

Doch Insolvenzen bleiben ein Problem des Mittelstandes. Lediglich 30 Unternehmensgruppen mit mehr als 500 Mitarbeitern gingen in diesem Jahr in Konkurs. Die zehn größten sind nachfolgend aufgelistet.

- alli Logistik GmbH & Co., Hannover
- Artländer Bekleidungswerke Holding AG, Ankum
- Otto Bauer Fleischwaren GmbH & Co. KG, Wethau
- Ernst Brinkmann KG Hamburg (Einzelhandel mit Rundfunk-, Fernseh- und phonotechnischem Zubehör sowie mit Haushaltsgeräten aus Metall)
- Herz- und Kreislaufzentrum Rotenburg a.d. Fulda GmbH, Rotenburg
- Hornitex-Werke Gebr. Künemeyer GmbH & Co. KG, Horn-Bad Meinweg
- i-center Elektrogroßhandel GmbH & Co. KG, Nürnberg
- Karl Fixemer GmbH & Co. KG, Spedition, Perl
- Max Sebold GmbH, Aschaffenburg
- Refugium Service Sozial-, Reise-, Seminar- GmbH i.l., Königswinter

1.6 Insolvenzen und die Gründe: Konjunktur und ...

Die Gründe für den markanten Anstieg der Unternehmensinsolvenzen lauten: Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen für Insolvenzen, konjunkturelle Rückgänge, insbesondere in mittelständisch geprägten Wirtschaftsbereichen, und schließlich strukturell, Finanzierungsprobleme mittelständischer Unternehmen.

Die Reform der Insolvenzordnung hat es sich geradezu zum Ziel gesetzt, zahlungsunfähige Betriebe in einem geordneten Verfahren, wenn nicht zu sanieren, so doch „sauber abzuwickeln“. Die rückläufige Zahl mangels Masse abgewiesener Verfahren kann also als Erfolg für das neue Rechtswerk gewertet werden. Nicht genutzt wurden bisher die Optionen für den Schuldner, selbst den Insolvenzantrag zu stellen; zu gering ist auch die Zahl der Insolvenzpläne, die eine Sanierung des Betriebes in der Schieflage ermöglichen soll. Insgesamt sind die Möglichkeiten des neuen Rechts – zumindest beim unternehmerischen Regelin-solvenzverfahren – bei den Betroffenen noch nicht genügend ins Bewusstsein gedrungen.

Das neue Recht nutzen

Keine Ansätze zu einer positiven Deutung liefert das Ursachen-Konglomerat „Konjunkturelle Rückgänge“. Dabei geben die Vereinigten Staaten nicht nur bei der Konjunktur, sondern auch bei den Insolvenzen eine Vorreiterrolle ab. Insolvenzwellen im Zuge einer schwachen Konjunktur zeichnen sich nicht nur durch eine insgesamt höhere Zahl betroffener Unternehmen aus, sondern auch dadurch, dass große Häuser sich vor dem Konkursrichter wiederfinden. Im Herbst begab sich Bethlehem Steel, das drittgrößte amerikanische Stahlunternehmen, auf den Weg zum Konkurs (seit 1997 haben insgesamt 25 amerikanische Stahlproduzenten Konkurs anmelden müssen). Dabei nutzt der Stahlproduzent Chapter eleven der amerikanischen Insolvenzordnung, der unter Gläubigerschutz eine Sanierung des Unternehmens ermöglicht. Eine Option, von der auch der Bananen-Konzern Chiquita mit seiner Konkursanmeldung im November Gebrauch macht. Amerikas größte Insolvenz bereitet das Energiehandelshaus Anron vor. Durch ein schwächeres Rating werden nun Kredite von fast vier Mrd. Dollar fällig, die das Unternehmen wohl kaum bedienen kann.

Auch Japan als weitere Seite im Dreieck westlicher Konjunktur bzw. Rezession leidet unter steigenden Insolvenzen. Die Supermarktkette Mycal hat bei ihrer Insolvenz Zahlungsverpflichtungen von über 30 Mrd. DM offen. Insgesamt erreichen Japans Unternehmensinsolvenzen im zweiten und dritten Quartal 2001

mit 9.665 betroffenen Betrieben den dritthöchsten Stand seit dem zweiten Weltkrieg.

Ursache: Konjunktur

Allerdings reicht es für die Ursachensuche im Hinblick auf die Konjunktur nicht aus, sich auf gesamtwirtschaftliche Rückzüge und auf die entsprechenden Betrachtungen in der Glaskugel über das Wiederanspringen der Konjunktur im nächsten Jahr zu beschränken. Wie die Umsatz- und Mitarbeiterzahlen bereits zeigten, speisen sich die Insolvenzen aus dem Mittelstand. An dieser Stelle hat von der Konjunktur kleiner und mittlerer Unternehmen die Rede zu sein.

Dabei ist unter allen Instituten, die sich mit der Konjunktur im Mittelstand beschäftigen, zweierlei klar: Die Wirtschaftslage dieser Unternehmen, die immerhin zwei Drittel aller Beschäftigten in Deutschland auf ihrer Seite haben, hat seit dem Sommer massive Rückgänge hinzunehmen.

Die Mittelstandsanalyse der Creditreform Wirtschafts- und Konjunkturforschung hat die größte Datenbasis bei ihrer Befragung: Im Herbst 2001 äußern sich 4.600 befragte Betriebe mit weniger als 500 Mitarbeitern und einem Umsatz unter 100 Mio. DM zu ihrer Wirtschaftslage. Stark gestiegen ist binnen Jahresfrist der Anteil kleiner und mittlerer Betriebe, die sinkende Umsätze verkraften mussten (2001: 31,3 Prozent; 2000: 22,8 Prozent). Steigende Umsätze verzeichneten nur noch 33,9 Prozent der Befragten – 6,5 Prozent weniger als noch im Herbst 2000. Auch weitere volkswirtschaftliche Parameter wie die Bewertung der Auftragslage oder Personalentwicklung haben gelitten. Vor allem die Investitionsbereitschaft hat einen Einbruch erlebt: Zum ersten Mal überwiegt der Anteil der Betriebe, die angeben, keine Investitionen vornehmen zu wollen. War im Herbst 1999 mit 64,5 Prozent ein Höchststand (seit 1966) von investitionsbereiten Unternehmen gemeldet worden, so ist dieser Wert nach 52,1 Prozent im letzten Herbst auf aktuell nur noch 43,2 Prozent abgesunken. Den geringsten Willen zu neuen Investitionen verzeichnet nach wie vor das Baugewerbe (2001: 32,0 Prozent; 2000: 36,1 Prozent). Allerdings ist auch ein auffälliger Rückgang investiti-

onsbereiter Firmen im Dienstleistungssektor zu konstatieren. Dieser Wirtschaftsbereich hatte sich noch im letzten Jahr am investitionsfreudigsten gezeigt (2001: 48,0 Prozent; 2000: 67,6 Prozent). An erster Stelle stehen nun Ersatz- oder Rationalisierungsinvestitionen, abgeschlagen sind die Erweiterungsinvestitionen.

Die folgende Tabelle zeigt die Insolvenzen im Jahr 2001 nach den Hauptwirtschaftsbereichen. Im Unterschied von Ost und West sind es zwei Sektoren, die hervorzuheben sind.

Tab. 15: Insolvenzen nach Wirtschaftsbereichen

■	absolut	%-Anteil am gesamten Insolvenzaufkommen	Steigerung in Prozent zum Vorjahr
Verarb. Gew.			
West	2.535 (2.174)	11,3 (12,0)	+ 16,6
Ost	1.099 (1.059)	11,1 (10,8)	+ 3,8
Bau			
West	4.925 (4.150)	21,9 (22,9)	+ 18,7
Ost	3.908 (3.993)	39,5 (40,7)	- 2,1
Handel			
West	4.992 (4.349)	22,2 (24,0)	+ 14,8
O*st	1.673 (1.864)	16,9 (19,0)	- 10,2
Dienstleist.			
West	10.048 (7.447)	44,7 (41,1)	+ 34,9
Ost	3.220 (2.894)	32,5 (29,5)	+ 11,3
Gesamt			
West	22.500 (18.120)	100,1 (100,0)	+ 24,2
Ost	9.900 (9.810)	100,0 (100,0)	+ 0,9

() = Vorjahresangaben

Westdeutschlands Dienstleister haben einen Zuwachs bei der Zahl der Insolvenzen um rund ein Drittel hinzunehmen. Mit über 10.000 betroffenen Betrieben stellen sie damit fast die Hälfte des gesamten Insolvenzaufkommens in den alten Bundesländern von 22.500 Insolvenzen.

In Ostdeutschland ist es der Bausektor, der bei einem leichten Rückgang (!) dennoch fast die Hälfte des Insolvenzaufkommens von 9.900 Fällen in den neuen Ländern stellt. Neben der Vielzahl von konsumnahen Dienstleistungsmikrobetrieben sind es vor allem die unternehmensnahen Dienstleister, die unter der konjunkturellen Schwäche zu leiden haben. Die Rückgän-

West: Dienstleister betroffen

ge im Verarbeitenden Gewerbe, in der Industrie, sorgen für die Schwächeanfänge im Dienstleistungsbereich. Dabei ist die Wirtschaftslage etwa in dem ehemaligen Boomsektor Datenverarbeitung/IT durchaus immer noch besser als in anderen Branchen. Die Vielzahl von Gründungen und die hohen Hoffnungen haben hier jedoch Gegenwind erhalten, der zu dem entsprechenden Zugang von Insolvenzen führt. Unternehmensberater sind von der Flaute im primären Sektor ebenso betroffen wie Werbetreibende oder das Speditionsgewerbe.

An zweiter Stelle bei den Insolvenzsteigerungen gegenüber dem Vorjahr steht in Westdeutschland das Baugewerbe: Fast 5.000 Insolvenzanträge aus dem Baubereich bedeuten einen neuen Rekord, der nur zu leicht aus den negativen Zahlen im Hinblick auf fertiggestellten Wohnraum, Baugenehmigungen oder rückläufigen Arbeitsplatzzahlen abzuleiten ist. Der Bau liegt in Westdeutschland bei der Zahl der Pleiten auf einer Höhe mit dem Handel – bei einer ungleich geringeren Unternehmensdichte. Die relativen Insolvenzzahlen – die Zahl der Unternehmenszusammenbrüche bezogen auf 10.000 existierende Unternehmen – zeigt die folgende Tabelle. Sie weist darüber hinaus auch aus, wie tief weiterhin der Graben – trotz der leichten Erholung bei den Unternehmensinsolvenzen im Osten – zwischen Ost- und Westdeutschland noch ist.

Bau und Handel gleichauf

Tab. 16: Risikoquoten nach den Hauptwirtschaftsbereichen in Deutschland 2001

■	Insolvenzen je 10.000 Unternehmen
Verarbeitendes Gewerbe	59
Baugewerbe	274
Handel	90
Dienstleistungen	91
Gesamt	112
hierunter:	
Westdeutschland	95
Ostdeutschland	194

*) Quelle: Creditreform-Wirtschaftsdatenbank und Umsatzsteuerstatistik

Die Krise im Baugewerbe hat nicht nur starken Einfluss auf die Zahlen zum Bruttoinlandsprodukt – vor allem in Ostdeutschland –, sie tangiert auch das Insolvenzgeschehen anderer Wirtschaftsbereiche wie die folgende Aufstellung besonders anfälliger Sektoren zeigt. So ist der Metallsektor im Verarbeitenden Bereich besonders von den Rückgängen der Bautätigkeit betroffen. Und auch im Dienstleistungssektor – das weisen die vorliegenden relativen Zahlen nicht aus – sind es verwaltende Tätigkeiten rund um die Immobilie, welche die höchsten absoluten Zahlen und ebenfalls die höchsten Steigerungen zeigen.

Tab. 17: Risikobehaftete Branchen in Deutschland

■	Insolvenz- quote
<u>Verarbeitendes Gewerbe</u>	
Herstellung v. Konstruktionsteilen, Fertigbauteilen u. Ausbauelementen	333
Herstellung v. Stahl- u. Leichtmetallkonstruktionen	300
Herstellung v. Maschinen f. unspezifische Verwendung	284
<u>Bau</u>	
Abbruch-, Spreng- u. Entrümmerungsgewerbe	768
Gerüstbau	605
sonstiger Tiefbau	589
<u>Handel</u>	
sonstiger Einzelhandel m. Waren verschiedener Art, Hauptrichtung: Nahrungsmittel, Getränke u. Tabakwaren	392
Einzelhandel m. sonstigen Gebrauchsgüter	367
Einzelhandel m. Bau- u. Heimwerkerbedarf	335
<u>Dienstleistung</u>	
sonstige private Kurierdienste	695
private Kurierdienste	635
erlaubnisfreier u. freigestellter Straßengüterverkehr	564

Insolvenzquote = Insolvenzen je 10.000 Unternehmen einer Branche

Im Dienstleistungssektor ist es vor allem das Transportgewerbe mit seinen unterschiedlichen Branchendifferenzierungen, das überdurchschnittlich das Risiko einer Insolvenz trägt. Hier kommen auf eine für den

Mittelstand bezeichnende Weise konjunkturelle und strukturelle Probleme zusammen. Die Rahmenbedingungen für den Sektor Transport und Verkehr im Zeichen steigender europäischer Konkurrenz, hoher Steuer- und Abgabenlasten und Problemen in der Finanzierung (Fahrzeugleasing) sorgen für die Hürden, die sich in der hohen Insolvenzrate niederschlagen.

Kettenreaktion

Der Mittelstand steht am Ende der ökonomischen Kette: Bei den unternehmensnahen Dienstleistern lässt sich festmachen, wie sich die ökonomische und politische Krise in den USA über die exportabhängige deutsche Industrie bis zu den unternehmensnahen Dienstleistern etwa im Beratungs- oder Speditions-gewerbe und deren Insolvenz-zahlen fortsetzt.

1.7 ... Finanzierung im Mittelstand

Die Finanzierungsprobleme des deutschen Mittelstandes sind bekannt. Kreditinstitute und Verbände, Ministerien und Forschungsinstitute führen Befragungen durch, erstellen wissenschaftliche Analysen und verfassen Denkschriften. Dabei verschärft sich die Krise zunehmend weiter. Ein Indiz dafür sind nicht nur die steigenden Insolvenz-zahlen, sondern auch die Aussagen des Mittelstandes selbst in der bereits genannten Creditreform-Analyse zur Ertragssituation und zur Eigenkapitalausstattung.

Der Gewinn fehlt

Die derzeitige Ertragslage wird vom Mittelstand negativ bewertet: So sprechen 38,7 Prozent der befragten Unternehmen davon, weniger hohe Erträge als noch im Frühjahr 2001 zu registrieren. Lediglich 25,7 Prozent können auf gestiegene Gewinne zurückblicken. Deprimierend sind besonders die Zahlen zu den weiteren Erwartungen im Hinblick auf die Gewinne: Waren es vor einem Jahr – im Herbst 2000 – noch 32,4 Prozent der Befragten, die höhere Erträge erwarteten, so sind es in diesem Herbst noch 28,5 Prozent. Entsprechend gehen 34,6 Prozent (Vorjahr: 31,0 Prozent) von sinkenden Gewinnen aus. In Verbindung mit der Insolvenz-situation wundert es nicht, dass der Bau am schlechtesten abschneidet: Fast jeder zweite mittel-

ständige Baubetrieb (44,4 Prozent) befürchtet sinkende Erträge.

Tab. 18: Zukünftige Ertragslage

■	Steigend	28,5 (32,4)
	Stabil	36,4 (34,6)
	Sinkend	34,6 (31,0)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Gelitten hat – einmal mehr – die Eigenkapitalausstattung der Mittelständler. Eine unzureichende Eigenkapitaldeckung von unter zehn Prozent verzeichnen 39,6 Prozent der Betriebe im Herbst 2001 (Vorjahr: 38,8 Prozent). Hinzuzufügen ist allerdings, dass auch auf der positiven Seite beim Eigenkapital leichte Erfolge zu verbuchen sind: So geben 20,3 Prozent der Betriebe im Mittelstand (Vorjahr: 19,0 Prozent) an, eine Eigenkapitaldecke von über 30 Prozent der Bilanzsumme zu besitzen.

Tab. 19: Eigenkapitalausstattung des Mittelstandes im Verhältnis zu Bilanzsumme

■	bis 10%	39,6 (38,8)
	bis 20%	24,7 (25,8)
	bis 30%	15,4 (16,4)
	über 30%	20,3 (19,0)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Zu zitieren ist in diesem Zusammenhang Alexander von Tippelskirch, Vorstandssprecher der Deutschen Industriebank AG, der anmerkt, „dass eine Eigenkapitalunterlegung von unter 30 Prozent auch im internationalen Vergleich äußerst niedrig ist.“ Wenn von Tippelskirch weiter ausführt, dass die kleineren Unternehmen ihren Bedarf an Eigenkapital im wesentlichen durch langfristige Bankkredite und Gesellschafterdarlehen substituieren, dann bleibt dem hinzuzufügen, dass das aktuell äußerst niedrige Zinsniveau sich noch positiv auf die Stabilität der KMU auswirkt. Die niedrige Inflation und die Politik der EZB im Gefolge von Alan Greenspan schaffen angesichts der Schwierigkeiten

Günstiges Zinsniveau

wenigstens noch einen gewissen Aktionsspielraum für die Betriebe.

Geht es um die Rettung des Mittelstandes, dann wird bei den bekannten Finanzierungsproblemen einerseits auf die Erleichterungen durch die Steuerreform, andererseits auf die neuen Möglichkeiten durch Kapitalbeteiligungsgesellschaften und Börsengänge verwiesen.

Sicher hat die Unternehmenssteuerreform eine gewisse Entlastung geschaffen. Dabei ist es politisch bereits diskutiert worden: Insbesondere für Kapitalgesellschaften hat sich mit der Senkung des Körperschaftsteuersatzes deutlich mehr getan als für Personengesellschaften im Zuge der Einkommenssteuerminde- rung durch Anrechnung der Gewerbesteuerbelastungen. Konterkariert wurden diese Ansätze durch die Absenkung der AfA-Sätze, mit denen der Finanzierungsspielraum durch Abschreibungen empfindlich getroffen wurde.

Venture-Capital scheint gerade für Neugründer und innovative Unternehmen eine Finanzierungsalternative zu bieten. Trotz der Erfolge, die die letzten Jahre – nicht zuletzt ausgelöst durch das Vorbild USA – vorzuweisen haben, ist die Euphorie verflogen. Für den mittelständischen Betrieb, der nicht mit hochwertigen Lösungen im High-Tech-Bereich aufwarten kann, werden die Wünsche nach Beteiligung und Eigenkapitalhilfe weniger entgegenkommend behandelt. Immerhin hat Deutschland durchaus eine Kultur öffentlicher Förderung entwickelt, die – etwa durch die Deutsche Ausgleichsbank oder die Kreditanstalt für Wiederaufbau – manchem Mittelständler unter die Arme greift. Ob die Anpassungen, die gerade in Deutschland vom Mittelstand gefordert werden, über diese Häuser im Ganzen zu lösen sind, soll hier nicht diskutiert werden. Letztlich bleibt es dabei: Bankkredite sind im Mittelstand immer noch der Königsweg, wenn es um die Finanzierung von Investitionen geht.

Die aktuelle MIND-Studie (Autoren: Impulse, Dresdner Bank und Institut für Mittelstandsforschung) gibt an, dass 68 Prozent des Mittelstandes Bankkredite für

VC nicht für alle

unverzichtbar oder doch sehr wichtig halten. Gerade kleinere Mittelständler sind auf Fremdfinanzierung angewiesen. Eine Analyse der IKB untersucht die Kapitalstrukturen der KMU nach unterschiedlichen Bilanzsummen und kommt zu dem Ergebnis, dass sich Eigenkapital bei Betrieben mit einer Betriebsleistung unter 5,0 Mio. Euro nur zu 16 Prozent Anteil findet, während es bei den großen Unternehmen mit einer Bilanzsumme von 100 bis 500 Mio. Euro zu 31,7 Prozent zur Verfügung steht. Langfristige Bankverbindlichkeiten halten die kleinen Unternehmen zu 16,9 Prozent ihrer Bilanzsumme, die großen nur zu 4,3 Prozent (Untersuchung nur im Verarbeitenden Gewerbe).

In die Diskussion um die Probleme der mittelständischen Finanzierung fährt nun noch die unter dem Namen Basel II differenzierte Eigenkapitalanforderung an die Banken. Die Kreditrisiken der Banken sollen ab 2005 in unterschiedliche Weise mit Eigenkapital zu hinterlegen sein. Ein Bankhaus mit vielen bonitätschwachen Kreditnehmern wird mehr teures Eigenkapital einsetzen müssen. Ein Einsatz, der über die Kreditkosten an die mittelständische Klientel weitergegeben werden wird.

Es kommt nun für den Mittelstand und seine Stabilität und Zukunft entscheidend darauf an, die unter dem Namen Basel II geführte Diskussion offensiv zu führen. Es geht darum, interne und externe Ratings zu akzeptieren und sich betrieblich im Hinblick auf die Finanzierung fit zu machen. Tatsächlich antworten bei der bereits angeführten MIND-Studie 39,4 Prozent der zwei Millionen befragten Entscheider im Mittelstand, dass sie sich vom Rating eine bessere Verhandlungsposition gegenüber potenziellen Kreditgebern erhoffen. Zwar fürchtet man die entstehenden Kosten (36,6 Prozent) oder das Bekanntwerden negativer Ergebnisse (20,3 Prozent); insgesamt aber überwiegen die Ansichten, die sich vom Rating – bankenintern wie auch extern durch Rating-Agenturen – bei der Klarstellung und Transparenz der finanziellen Situation Vorteile versprechen. Die positiven Bewertungen beziehen sich auf die Erleichterungen bei der Eigenkapitalbeschaffung über geringere Finanzierungskosten bis zur Ge-

winnung neuer Geschäftspartner und einer positiven Publizität.

Sicher werden in Zukunft weitere Finanzierungsformen noch hinzugewinnen. Das reicht von Leasing und Factoring über den (teuren) Lieferantenkredit bis zu Anleihen und freien Kapitalmärkten oder öffentlichen Institutionen, die sich für Eigenkapitalhilfen stark machen. Der Mittelstand muss diese Herausforderung annehmen. Er wird sie nur bestehen können, wenn er der Finanzierung mehr Augenmerk widmet und sie transparenter für sich und seine Kapitalgeber macht. Ohne eine weiter steigende Zahl von Insolvenzen allerdings wird dieser Weg im nächsten Jahrzehnt nicht zu gehen sein.

■ 2 Neueintragungen und Löschungen von Unternehmen

2.1 Gründungsbilanz

Der Gründungsboom in Deutschland ist zunächst vorbei. So sank die Zahl der Anmeldungen um 8,9 Prozent – in diesem Jahr ist mit 758.000 Neueintragungen in die Register zu rechnen (2000: 832.000). Gleichzeitig ist bei den Abmeldungen ein Zugang für Gesamtdeutschland von 4,9 Prozent festzuhalten. Von 629.000 im Vorjahr auf aktuell 660.000 ist die Zahl der Unternehmen gestiegen, die aus den Registern verschwunden sind. Bei den Löschungen macht sich deutlich die schlechte konjunkturelle Entwicklung bemerkbar, die viele Unternehmen zur Aufgabe des Betriebes gezwungen hat. Diese Fluktuation hat eine fast dramatische Veränderung des Saldos aus Anmeldungen und Abmeldungen zur Folge. Der Wert hat sich binnen Jahresfrist mehr als halbiert. Konnte im letzten Jahr noch ein Zuwachs der Unternehmenslandschaft um 203.000 Unternehmen registriert werden, so bleiben in diesem Jahr unter dem Strich 98.000 Unternehmen.

In Westdeutschland ist die Zahl der gesamten Anmeldungen um 8,1 Prozent auf jetzt 639.000 gesunken (2000: 695.000). Während sich bei den Handelsregistereintragungen wenig geändert hat, ist insbesondere

Der Saldo schrumpft

im Gewereregister ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen – 9,3 Prozent weniger Unternehmen haben sich in die westdeutschen Gewereregister eintragen lassen. Im gleichen Zeitraum ist bei den Abmeldungen ein Anstieg um 4,8 Prozent festzuhalten (2001: 545.000; 2000: 520.000). Sowohl im Gewereregister als auch im Handelsregister ist der Anstieg ähnlich hoch.

Tab. 20: Gründungsbilanz 2001*) für Westdeutschland

■	Anmel- dungen	Veränd. in Prozent	Abmel- dungen	Veränd. in Prozent
Gewerbe- register:	547.000 (603.000)	- 9,3	508.000 (485.000)	+ 4,7
Handels- register:	92.000 (93.000)	- 1,1	37.000 (35.000)	+ 5,7
Gesamt:	639.000 (695.000)	- 8,1	545.000 (520.000)	+ 4,8
Saldo:	94.000 (175.000)	- 46,3		
wirtschafts- aktive Betriebe:	127.000 (135.000)	- 5,9		

*) Creditreform-Schätzung; () = 2000

Noch immer ergeben unterschiedliche Statistiken und Ergebnisse verschiedener Forschungsinstitute keine eindeutige Antwort auf die Frage nach der genauen Zahl neugegründeter Unternehmen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes wurden im ersten Halbjahr 2000 98.000 Unternehmen neu errichtet, bei denen dank einer größeren wirtschaftlichen Substanz mit der Schaffung eines Arbeitsplatzes zu rechnen war. Hinzu kommt noch, dass die Begriffe „Existenzgründung“ und „Unternehmensgründung“ nicht deckungsgleich sind, obwohl sie meist synonym verwendet werden. Während beim Begriff „Existenzgründung“ der Schritt eines Arbeitnehmers in die Selbstständigkeit im Vordergrund steht, zielt „Unternehmensgründung“ auf die Schaffung betrieblicher Strukturen. So kommt das IfM dann auch für das Jahr 2000 auf 539.000 Existenzgründungen und 421.000 Unternehmensgründungen. Bei Creditreform steht der wirtschaftliche Aspekt, also die Teilnahme am Wirtschaftsleben durch Geschäftsabschlüsse, im Vordergrund. Demnach ist davon auszugehen, dass in West-

Unternehmensgründung oder Existenzgründung

deutschland 127.000 wirtschaftsaktive Unternehmen entstanden sind – gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang um 5,9 Prozent.

Tab. 21: Gründungsgeschehen von 1991 bis 2001 in Westdeutschland

■	Neuzugänge	Löschungen	Saldo
1991	476.000	290.000	186.000
1992	488.000	345.000	143.000
1993	512.000	360.000	152.000
1994	518.000	380.000	138.000
1995	537.000	390.000	147.000
1996	600.000	490.100	109.900
1997	655.000	549.700	105.300
1998	714.700	585.500	129.200
1999	722.000	591.000	131.000
2000	695.000	520.000	175.000
2001 *)	639.000	545.000	94.000

*) von Creditreform geschätzt

Nachdem im ersten Halbjahr in Ostdeutschland die Zahl der Abmeldungen die der Anmeldungen zum ersten Mal übertroffen hat, ist das Pendel zum Jahresende wieder in die positive Richtung ausgeschlagen. Allerdings hat sich der Saldo aus Neueintragungen und Löschungen auch in Ostdeutschland drastisch reduziert. Während die Zahl der Anmeldungen um 13,1 Prozent von 137.000 im vergangenen Jahr auf aktuell 119.000 gesunken ist, wurden insgesamt 115.000 Betriebe aus den Registern gestrichen – gegenüber 2000 ein Anstieg um 5,5 Prozent. Unter dem Strich bleibt ein mageres Plus von 4.000 Unternehmen – binnen Jahresfrist ist der Saldo um über 85 Prozent geschrumpft.

Mageres Plus

Tab. 22: Gründungsbilanz 2001*) für Ostdeutschland

■	Anmel- dungen	Veränd. in Prozent	Abmel- dungen	Veränd. in Prozent
Gewerbe- register:	101.000 (117.000)	- 13,7	104.000 (99.000)	+ 5,1
Handels- register:	18.000 (20.000)	- 10,0	11.000 (10.000)	+ 10,0
Gesamt:	119.000 (137.000)	- 13,1	115.000 (109.000)	+ 5,5
Saldo:	4.000 (28.000)	- 85,7		
wirtschafts- aktive Betriebe:	18.000 (20.000)	- 10,0		

*) Creditreform-Schätzung; () = 2000

In Ostdeutschland wurden in den letzten Monaten 18.000 wirtschaftsaktive Unternehmen gegründet. Gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang um 2.000 Betriebe. Kriterium für die Einstufung als wirtschaftsaktives Unternehmen in der vorliegenden „Bilanz“ ist die Anfrage an die Creditreform-Datenbank zwecks Überprüfung der Geschäftsverbindung und der Kreditwürdigkeit und /oder die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Tab. 23: Gründungsgeschehen von 1991 bis 2001 in Ostdeutschland

■	Neuzugänge	Löschungen	Saldo
1991	320.100	88.000	232.100
1992	247.000	120.000	127.000
1993	223.300	122.000	101.300
1994	175.000	116.400	58.600
1995	180.000	131.800	48.200
1996	154.000	126.500	27.500
1997	140.000	116.000	24.000
1998	143.400	119.000	24.400
1999	138.000	119.000	19.000
2000	137.000	109.000	28.000
2001 *)	119.000	115.000	4.000

*) von Creditreform geschätzt

Auf die unterschiedlichen Datenquellen ist bereits hingewiesen worden. Eine Untersuchung an der Universität Freiberg, in der die unterschiedlichen Datenquellen miteinander verglichen wurden, kommt zu dem

Ergebnis, dass jährlich rund 300.000 Betriebe gegründet werden.

Gründungsstandort Deutschland

Internationale Vergleiche zum deutschen Gründungsgeschehen fallen ebenfalls recht unterschiedlich aus. Laut einer Untersuchung des IWF Köln beteiligten sich 3,8 Prozent der Bürger an einer Gründung – Bestwert im EU-Vergleich. Bei einer Analyse zum weltweiten Gründungsgeschehen im Rahmen des Global Entrepreneurship Monitor landet Deutschland dagegen nur auf einem der hinteren Plätze. Mit einer Gründerquote (Gründungswillige pro Bürger zwischen 18 und 64 Jahre) von knapp sieben Prozent reicht es nur zu Rang 22 hinter den meisten europäischen Staaten. Spitzenreiter dieser Untersuchung ist Mexiko mit einer Quote von 18,7 Prozent. Deutlich über den deutschen Werten liegen auch die USA (11,4 Prozent; Platz 7) und Irland mit der höchsten europäischen Gründerquote (12,1 Prozent).

2.2 Neuzugänge nach Wirtschaftsbereichen

Tertiärer Sektor bleibt bestimmd

Beim sektoralen Gründungsgeschehen sind nur geringe Wechsel wahrzunehmen. Wie auch in den Vorjahren werden über 80 Prozent der neuen Betriebe in den Bereichen Handel und Dienstleistung gegründet. In Westdeutschland nähert sich dieser Wert schon fast der 90-Prozent-Marke. In den alten Bundesländern dominiert innerhalb des tertiären Sektors deutlich der Dienstleistungsbereich – 54 Prozent aller Gründungen sind in diesem Bereich anzusiedeln (2000: 53,8 Prozent). Nahezu unverändert hält sich auch der Handel mit einer Anmeldequote von 33,7 Prozent (Vorjahr: 33,3 Prozent). Weiter gesunken ist der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes am Gründungsgeschehen. Aktuell werden in diesem Sektor nur 3,9 Prozent aller Neueintragungen registriert – noch vor zwei Jahren lag die Gründerquote im Verarbeitenden Gewerbe bei sechs Prozent. Trotz der starken rezessiven Tendenzen verharret das westdeutsche Baugewerbe bei einem Anteil von 8,4 Prozent.

Tab. 24: Neuzugänge nach übergeordneten Wirtschaftsbereichen in Westdeutschland

■	prozentualer Anteil je 100 Neuerfassungen *)
Verarbeitendes Gewerbe	3,9
Baugewerbe	8,4
Handel	33,7
Dienstleistungen	54,0

*) Quelle: Creditreform-Wirtschaftsdatenbank

Baugründungen = Baupleiten

In diesen Statistiken finden sich keine Angaben zu den freien Berufen. Gegen den allgemeinen Abwärtstrend beim Gründungsgeschehen ist bei den Selbstständigen eine positive Entwicklung zu erkennen. Nach Angaben des Bundesverbandes der freien Berufe stieg die Zahl der Menschen, die in Deutschland als Arzt, Rechtsanwalt oder Wirtschaftsprüfer den Weg in die Selbstständigkeit gewählt haben, um fünf Prozent auf 739.000.

Etwas größere Veränderungen zeigt das sektorale Gründungsgeschehen in Ostdeutschland. Hier wurden weniger Unternehmen im Dienstleistungsbereich gegründet (2001: 47,2 Prozent; 2000: 51,1 Prozent). Ob dies im Zusammenhang mit der Krise der New Economy steht oder an einer erhöhten Gründungsaktivität in anderen Bereichen, kann an dieser Stelle nur vermutet werden. Eine gestiegene Gründungsaktivität ist für den Groß- und Einzelhandel festzuhalten – betrug im letzten Jahr der Anteil der neueingetragenen Handelsbetriebe 29,9 Prozent, so sind es 2001 31,4 Prozent. Im ostdeutschen Baugewerbe ist ebenfalls eine höhere Gründungsintensität festzustellen – um über 2 Prozentpunkte nahm der Anteil der Baubetriebe am ostdeutschen Gründungsgeschehen zu (16,5 Prozent). Bei der besorgniserregenden Lage dieser Branche – zur Erinnerung: nach Angaben des Statistischen Bundesamtes lag die Zahl der Baugenehmigungen für den Zeitraum Januar bis September 2001 um 16,8 Prozent niedriger als im Vergleichszeitraum – eine kaum nachzuvollziehende Entwicklung. Wenn man sich dann die Risikoquoten der einzelnen Branchen aus Tabelle 13 ins Gedächtnis ruft (Baugewerbe: 352 pro 10.000 Unternehmen), steht zu befürchten, dass viele Bauunter-

nehmen direkt auf die Insolvenz zusteuern. Kaum geändert hat sich die Gründungsquote im Verarbeitenden Gewerbe – aktuell liegt sie bei 4,9 Prozent (Vorjahr: 4,6 Prozent)

Tab. 25: Neuzugänge nach übergeordneten Wirtschaftsbereichen in Ostdeutschland

■	prozentualer Anteil je 100 Neuerfassungen *)
Verarbeitendes Gewerbe	4,9
Baugewerbe	16,5
Handel	31,4
Dienstleistungen	47,2

*) Quelle: Creditreform-Wirtschaftsdatenbank

Eine detailliertere Aufstellung der Neueintragungen im Handelsregister, aufgeteilt nach Wirtschaftsbereichen, bestätigt die Beobachtungen. Auch hier vereinigen Handel und Dienstleistung über 80 Prozent der Neueintragungen auf sich. Alleine in den Branchen des unternehmensnahen Dienstleistungsbereiches, wie Kredit- und Versicherungsgewerbe, Grundstück- und Wohnungswesen oder Vermietung beweglicher Sachen, werden fast zwei Drittel aller Unternehmen im Handelsregister angemeldet. Auffällig ist auch hier der Unterschied zwischen Ost und West beim Baugewerbe (West: 3,50 Prozent; Ost: 7,76 Prozent). Der Anteil neueingetragener Unternehmen in den neuen Ländern übersteigt die Handelsregisterquote in den alten Ländern um mehr als das Doppelte.

Tab. 26: Neueintragungen nach Wirtschaftsbereichen 2001

■	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	absolut	%-Anteil	absolut	%-Anteil
Land- u. Forstwirtsch. / Fischerei u. Fischzucht	38	0,04	12	0,07
Bergb. u. Gewinn. v. Steinen u. Erden / Energ.- u. Wasservers.	747	0,81	82	0,45
Ernährungsgewerbe u. Tabakverarbeitung	4	0,00	4	0,02
Textil-, Bekleidungs- u. Ledergewerbe	2	0,00	0	0,00
Holzgew. (o. Möbel) / Papier-, Verlags- u. Druckgewerbe	410	0,45	87	0,48
Kokerei, Mineralölver- arb., Herstell. u. Ver- arb. v. Spalt- u. Brut- stoff., Chem. Industrie, Herstell. v. Gummi- u. Kunststoffwaren	58	0,06	10	0,06
Glasgew., Keramik, Verarb. v. Steinen u. Erden	41	0,04	24	0,13
Metallerzeug. u. Bear- beit., Herstell. v. Metall- erzeugn. / Masch.bau / Fahrzeugbau	531	0,58	131	0,72
Herstell. v. Büromasch. DV-Geräten u. Einricht. Elektrotechn., Feinme- chanik u. Optik	249	0,27	56	0,31
Herstell. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr., Sportgeräten, Spielw. u. sonst. Erzeugn. / Recycling	6	0,01	3	0,02
Baugewerbe	3.218	3,50	1.411	7,76
Gastgewerbe	818	0,89	216	1,19
Handel / Instandhalt. u. Reparatur v. Kfz u. Gebrauchsgütern	21.541	23,40	4.056	22,31
Verkehr u. Nachrich- tenübermittlung	2.056	2,23	280	1,54
Erbringung v. pers. u. öffentl. Dienstleist.	496	0,54	109	0,60
Kredit- u. Versich.gew., Grundstücks- u. Woh- nungswesen, Vermiet. bewegl. Sachen, Er- bring. v. Dienstleist. überwieg. f. Untern.	61.834	67,18	11.699	64,35
Summe	92.049	100,00	18.180	100,01

Dienstleister dominieren

Die schon angesprochene Untersuchung der Universität Freiberg hat bei ihrem Vergleich der einzelnen Statistiken auch die sektorale Struktur miteinander abgeglichen. Trotz der Unterschiede, die diese Datenquellen aufweisen, sind bei der Aufteilung der Gründungen auf einzelne Branchen Übereinstimmungen zu erkennen. Dabei weisen die Gewerbeanzeigenstatistik und die Analyse des Mannheimer Gründungspanel das höchste Maß an Übereinstimmung auf. Die untersuchten Quellen kommen alle zu dem Ergebnis, dass der ganz überwiegende Teil der Neuerrichtungen im Dienstleistungsbereich anzusiedeln ist.

2.3 Neugründungen und Arbeitsplätze

Kein Impuls für den Arbeitsmarkt

Zur Zeit macht der Arbeitsmarkt nur durch steigende Arbeitslosenzahlen auf sich aufmerksam. Die Zahl der Erwerbstätigen hat sich dagegen in den letzten Monaten kaum geändert. Für den Monat August notiert das Statistische Bundesamt 38,9 Mio. Erwerbstätige in Deutschland. Zwar entstehen im Zuge von Neugründungen Arbeitsplätze in Deutschland, aber die Auswirkungen für den Arbeitsmarkt sind sehr gering. Insgesamt rund 330.000 Menschen haben in Gesamtdeutschland im Zuge einer Neugründung eine neue Arbeitsstelle gefunden. Zur Erinnerung: Alleine in Westdeutschland haben in diesem Jahr 330.000 Menschen durch eine Unternehmenspleite den Arbeitsplatz verloren.

Nach wie vor weist das Verarbeitende Gewerbe die höchste Beschäftigungsintensität beim Gründungs geschehen auf. Pro neuem Unternehmen entstehen in Westdeutschland fünf, in Ostdeutschland sogar sechs Arbeitsplätze. In den anderen Wirtschaftsbereichen werden mit jedem neuen wirtschaftsaktiven Unternehmen zwei bis drei Stellen geschaffen.

Tab. 27: Durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten bei den produktiven Neugründungen 2001

■	West	Ost
Verarbeitendes Gewerbe	5	6
Baugewerbe	3	3
Handel	2	2
Dienstleistungen	2	3

*) Quelle: Creditreform-Wirtschaftsdatenbank

Das ZEW hat in einer Studie die Auswirkungen von Venture Capital-Finanzierung auf Unternehmensgründungen untersucht. Das Ergebnis fällt eindeutig aus: Das Beschäftigungswachstum der mit Venture Capital finanzierten Unternehmen ist fast doppelt so hoch wie das der Unternehmen, die nicht von Beteiligungsgebern unterstützt werden.

Insgesamt sind in Westdeutschland rund 280.000 Arbeitsplätze (Vorjahr: 300.000) in Folge der Neugründung eines Betriebes entstanden, die Hälfte davon alleine im Dienstleistungsbereich (137.000). Nimmt man noch die neugeschaffenen Stellen des Handels (85.600) hinzu, so finden alleine im tertiären Sektor Westdeutschlands über 220.000 Menschen eine neue Arbeitsstelle. Trotz der hohen Beschäftigungsintensität kommt es im Verarbeitenden Gewerbe nur zu einer Schaffung von 25.000 Arbeitsplätzen.

Jobmaschine Dienstleister

Tab. 28: Zahl der neugeschaffenen Arbeitsplätze in den Wirtschaftsbereichen 2001 im Westen

■	Zahl der Beschäftigten *)	
Verarb. Gewerbe	5 x 5.000	25.000
Baugewerbe	3 x 10.700	32.100
Handel	2 x 42.800	85.600
Dienstleistungen	2 x 68.500	137.000
Gesamt	127.000	279.700

*) gerundet

Nicht jede Gründung geschieht freiwillig. Zu diesem Ergebnis kommt die Studie des Global Entrepreneurship Monitor. Die „Gründer aus Überzeugung“, die eine Geschäftsidee umsetzen wollen, unterscheiden die Forscher von den „Gründern aus Not“, die keine bes-

Überzeugte Gründer

sere Erwerbسالternative sehen. Für Deutschland setzt sich die Gründungsquote aus 4,8 Prozent „Gründer aus Überzeugung“ und 1,9 Prozent „Gründer aus Not“ zusammen. Zum Vergleich: Für Westeuropa ergibt sich eine „Notgründerquote“ von 1,1 Prozent, in den USA beträgt der Anteil der „Gründer ohne Erwerbسالternative“ 1,2 Prozent. Auf der anderen Seite findet sich Japan mit einer Not-Quote von 1,9 und 2,3 Prozent Überzeugungs-Gründern.

Die 18.000 wirtschaftsaktiven Unternehmen, die neu am Markt platziert wurden, sorgen in Ostdeutschland für rund 51.000 (Vorjahr: 60.000) neue Jobs. Fast genau die Hälfte aller neuen Arbeitsplätze werden im Dienstleistungssektor geschaffen. Beachtlich: Die ostdeutsche Dienstleistungsbranche verfügt über eine höhere Beschäftigungsintensität als die westdeutsche. So entstehen im Zuge einer Neugründung in den neuen Bundesländern drei Arbeitsplätze, im Westen dagegen zwei. Dank der höchsten Beschäftigungsintensität gelingt es dem Verarbeitenden Gewerbe trotz geringer zahlenmäßiger Neugründungen (900 wirtschaftsaktive Unternehmen), immerhin 5.400 Menschen einen Arbeitsplatz anzubieten.

Tab. 29: Zahl der neugeschaffenen Arbeitsplätze in den Wirtschaftsbereichen 2001 im Osten

■	Zahl der Beschäftigten *)	
Verarb. Gewerbe	6 x 900	5.400
Baugewerbe	3 x 3.000	9.000
Handel	2 x 5.600	11.200
Dienstleistungen	3 x 8.500	25.500
Gesamt	18.000	51.100

*) gerundet

2.4 Neueintragungen und Löschungen in den Handelsregistern der Bundesländer

Die absoluten Zahlen zum Gründungsgeschehen haben gezeigt, dass im Westen viermal mehr Unternehmen als in Ostdeutschland gegründet werden. Betrachtet man aber relative Zahlen, so unterscheidet sich die Gründungsintensität zwischen Ost und West nur gering. Nach Berechnungen des ZEW betrug die

Zahl der Gründungen pro 10.000 Erwerbstätige im Jahr 2000 in Westdeutschland 48,4, in den ostdeutschen Bundesländern 46,7.

Um 2,2 Prozent ist die Zahl der Handelsregistereintragen in Deutschland auf aktuell rund 110.200 Unternehmen zurückgegangen (2000: 112.700). Gleichzeitig ist die Zahl der Unternehmen, die aus dem Handelsregister gestrichen wurden auf knapp 47.900 angewachsen (45.800). Unter dem Strich hat sich die Anzahl der Unternehmen im Handelsregister um 62.300 vergrößert (2000: 66.900).

Weniger Anmeldungen

Deutliche Veränderungen zeigen sich beim Blick auf die Eintragungen in den einzelnen Bundesländern. Nicht in allen Ländern ist eine rückläufige Tendenz bei den Anmeldungen zu verzeichnen. Einen starken Anstieg verzeichnen insbesondere das Saarland (plus 14,1 Prozent), Hessen (plus 12,1 Prozent) und Rheinland-Pfalz (plus 10,0 Prozent). In der Mehrzahl der Bundesländer ist aber ein Rückgang der Anmeldungen zu verzeichnen. Am Ende dieser Liste stehen Thüringen (minus 10,7 Prozent), Mecklenburg-Vorpommern (minus 16,7 Prozent) und Sachsen-Anhalt (minus 21,0 Prozent). Zu den Verlierern zählt auch Nordrhein-Westfalen mit einem Rückgang der Handelsregisteranmeldungen um 7,8 Prozent. Absolut gesehen gab es aber im bevölkerungsreichsten Bundesland die meisten Neueintragungen (24.811). Gemeinsam mit Bayern und Baden-Württemberg entfällt fast die Hälfte aller Handelsregisteranmeldungen auf diese drei Bundesländer.

Tab. 30: Unternehmensneueintragungen und -lösungen nach Bundesländern in West- und Ostdeutschland 2001 in absoluten Zahlen

■	Neueintragungen		Löschungen	Saldo
	absolut	Veränderung zu 2000		
Baden-Württemberg	12.322	+ 0,8%	5.674	6.648
Bayern	18.565	- 0,4%	6.915	11.650
Berlin	5.668	- 4,6%	2.829	2.839
Brandenburg	2.854	- 3,6%	1.598	1.256
Bremen	1.352	+ 7,8%	830	522
Hamburg	5.346	- 3,4%	1.681	3.665
Hessen	10.446	+ 12,1%	4.003	6.443
Mecklenburg-Vorp.	1.601	- 16,7%	922	679
Niedersachsen	9.336	- 1,6%	3.785	5.551
Nordrhein-Westfalen	24.811	- 7,8%	10.230	14.581
Rheinland-Pfalz	4.269	+ 10,0%	1.791	2.478
Saarland	1.180	+ 14,1%	456	724
Sachsen	3.839	- 6,8%	2.541	1.298
Sachsen-Anhalt	2.131	- 21,0%	1.801	330
Schleswig-Holstein	4.422	+ 0,5%	1.643	2.779
Thüringen	2.087	- 10,7%	1.192	895
Gesamt	110.229	- 2,2%	47.891	62.338

Ungewisse Zukunft

Es bleibt abzuwarten, wie sich das Gründungsgeschehen in den nächsten Jahren entwickeln wird. Gerade auf die Abmeldungen wird die weitere konjunkturelle Entwicklung einen entscheidenden Einfluss haben. Es steht zu befürchten, dass in den neuen Ländern die Zahl der Neugründungen weiter zurückgehen wird. Die Bürger Ostdeutschlands schätzen die Chancen für eine Unternehmensgründung wesentlich schlechter ein. Während im bundesdeutschen Durchschnitt 23,7 Prozent der Befragten von guten Gründungschancen sprechen sind es beispielsweise in Thüringen nur 14,8 Prozent. Schlusslicht ist Sachsen-Anhalt mit 9,6 Prozent. Als einziges westdeutsches Bundesland liegt Niedersachsen unter dem Bundesdurchschnitt. Die besten Beurteilungen verteilen dagegen die Saarländer (39,8 Prozent). Auch Hamburg (29,2 Prozent) und Schleswig-Holstein (29,1 Prozent) besitzen nach dieser Studie ein sehr hohes Gründungspotenzial.

■ 3 Zusammenfassung

Die Zahl der Gesamtinsolvenzen hat in Deutschland mit 49.600 einen neuen Höchststand erreicht – gegenüber 2000 eine Steigerung um 18,7 Prozent. Damit ist im zweiten Jahr hintereinander ein markanter Zuwachs zu verzeichnen: Während jedoch der massive Anstieg von 1999 auf 2000 (23,4 Prozent) von den Verbraucherinsolvenzen verursacht wurde – die Zahl der Verbraucher, die einen Insolvenzantrag stellten, erhöhte sich innerhalb eines Jahres um über 320 Prozent – ist nun auch bei den Unternehmensinsolvenzen eine klare Zunahme zu erkennen. In diesem Jahr ist mit insgesamt 32.400 Unternehmensinsolvenzen zu rechnen – gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg um 16,0 Prozent. Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen hat binnen Jahresfrist um 13,6 Prozent auf 13.600 Fälle zugenommen. Demgegenüber fällt bei den sonstigen Insolvenzen – Nachlässe oder Vereine etwa – das Plus mit 3,2 Prozent auf 3.600 eher gering aus.

Deutliche Unterschiede zeigt die Insolvenzentwicklung zwischen Ost und West. Während sich im Osten die Zahl der Unternehmensinsolvenzen nur wenig verändert hat (2001: 9.900; 2000: 9.810), ergibt sich für Westdeutschland eine starke Zunahme – um 24,2 Prozent ist die Zahl der Insolvenzfälle auf aktuell 22.500 gestiegen.

Allerdings verzeichnen die neuen Bundesländer wesentlich mehr Zugänge bei den Verbraucherinsolvenzen: Im Osten beträgt die Steigerungsrate in diesem Bereich 67,9 Prozent auf 2.300 Anträge, im Westen sind 25,7 Prozent mehr Privatpleiten zu beklagen als noch vor einem Jahr (11.300 Insolvenzfälle). Die Zahl der sonstigen Insolvenzen liegt in Westdeutschland mit 2.900 um 16,9 Prozent über dem Vorjahresniveau. In Ostdeutschland ist hier ein Rückgang von 30,7 Prozent auf aktuell 700 Fälle zu verzeichnen.

Die steigenden Insolvenzzahlen ziehen höhere Schäden nach sich. Private Gläubiger wie Kreditinstitute und Lieferanten sowie die öffentliche Hand haben Verluste von insgesamt 63 Mrd. DM erlitten. Dabei

beträgt der Schaden infolge von Verbraucherinsolvenzen nur 5 bis 6 Mrd. DM. Eher gering fällt die Veränderung bei den Insolvenzschäden in Ostdeutschland aus: binnen Jahresfrist ein Anstieg um eine Mrd. DM auf insgesamt 16 Mrd. DM – davon gehen 9 Mrd. DM zu Lasten privater Gläubiger. In den alten Ländern liegt das Schadensniveau bei insgesamt 47 Mrd. DM (2000: 38 Mrd. DM) – die Hauptlast tragen mit 34 Mrd. DM wie im Osten die privaten Gläubiger.

Gleichzeitig erhöht sich auch die Zahl der Arbeitsplatzverluste durch Insolvenzen in Deutschland. Nachdem in den letzten drei Jahren die Zahl der betroffenen Arbeitslosen kontinuierlich zurückgegangen war, ist nun eine kräftige Erhöhung festzustellen. Von 290.000 betroffenen Arbeitsplätzen in Westdeutschland im Jahr 2000 klettert die Zahl um 13,8 Prozent auf aktuell 330.000 Stellen. In Ostdeutschland beträgt die Steigerungsrate 9,5 Prozent (2001: 173.000; 2000: 158.000).

Unternehmensinsolvenzen bleiben nach wie vor das Problem des Mittelstandes. Bei den 22.500 insolventen Unternehmen sind keine fünfzig zu finden, die mehr als 500 Mitarbeiter haben. Für Pleitefirmen gilt: Sie haben wenige Mitarbeiter, machen geringe Umsätze und sind jung. So lag der Anteil der insolventen Betriebe mit einem Umsatz von maximal einer Million DM in Westdeutschland bei rund 39 Prozent, im Osten bei 43,5 Prozent. Rund 36 Prozent der Pleiteunternehmen mussten bereits vier Jahre nach der Unternehmensgründung Insolvenz anmelden. Auch bei den Größenklassen bestätigt sich, dass Mikrobetriebe am insolvenzanfälligsten sind. In Westdeutschland haben 56,3 Prozent der betroffenen Betriebe nicht mehr als fünf Mitarbeiter, im Osten beschäftigten 47,1 Prozent der zahlungsunfähigen Unternehmen höchstens fünf Personen.

Das Insolvenzgeschehen hat sich zwischen Ost und West auch in den einzelnen Branchen unterschiedlich entwickelt. Die Zahl der Insolvenzen im westdeutschen Dienstleistungsbereich ist um ein Drittel gestiegen – über 10.000 Unternehmen müssen hier in diesem Jahr einen Insolvenzantrag stellen –, rund 41 Prozent aller

Unternehmensinsolvenzen im Westen. In Ostdeutschland ist das Insolvenzgeschehen eindeutig vom Bau-sektor geprägt. Obwohl ein leichter Rückgang zu verzeichnen ist (minus 2,1 Prozent), beträgt der Anteil am Insolvenzaufkommen immer noch 40,7 Prozent. Die Unterschiede zwischen Ost und West sowie zwischen den Hauptwirtschaftsbereichen verdeutlichen auch die Risikoquoten (Insolvenzen pro 10.000 existierenden Unternehmen). Für Westdeutschland beträgt die Risikoquote 95 Unternehmen pro 10.000, in Ostdeutschland liegt sie bei 194. Während im Verarbeitenden Gewerbe 59 pro 10.000 Unternehmen von einer Insolvenz betroffen sind, sind es im Baugewerbe 274 Unternehmen.

Die Gründe für die steigenden Insolvenzzahlen lassen sich kurz zusammenfassen. Neben den geänderten rechtlichen Bedingungen sind es die konjunkturellen Einbrüche, die mittelständische Unternehmen in die Zahlungsunfähigkeit treiben. Hinzu kommt die schwierige Finanzierungssituation des Mittelstandes. Bei rückläufigen Erträgen ist es vielen Unternehmen nicht möglich, die dürftige Eigenkapitalquote zu festigen – fast 40 Prozent der kleinen und mittleren Unternehmen verfügten im Herbst 2001 nur über eine dünne Eigenkapitaldecke von weniger als zehn Prozent.

Auch im nächsten Jahr ist mit einem weiteren Ansteigen der Insolvenzzahlen zu rechnen. Die Vereinfachungen beim Verbraucherinsolvenzverfahren – Verkürzung der Wohlverhaltensperiode auf sechs Jahre und Stundung der Prozesskostenhilfe – wird eine Erhöhung der Fälle nach sich ziehen. Da die Kleingewerbetreibenden in Zukunft wieder das Regelinsolvenzverfahren durchlaufen müssen, ist auch bei den Unternehmen mit einem Anstieg zu rechnen. Hinzu kommen noch die anhaltenden konjunkturellen Probleme.

In Deutschland wurden in diesem Jahr weniger Unternehmen in die Gewerbe- und Handelsregister eingetragen als im letzten Jahr. In Westdeutschland sank die Zahl der Anmeldungen um 8,1 Prozent auf 639.000

Unternehmen (2000: 695.000). Für Ostdeutschland ist ein Rückgang von 13,1 Prozent zu verzeichnen (2001: 119.000; 2000: 137.000). Gleichzeitig haben sich mehr Unternehmen aus den Registern löschen lassen. Um 4,8 Prozent ist die Zahl der Liquidationen in den alten Ländern gestiegen – von 520.000 im letzten Jahr auf aktuell 545.000. In Ostdeutschland wurden insgesamt 115.000 Unternehmen gestrichen (2000: 109.000). Die Zahl der wirtschaftsaktiven Unternehmen ist infolge der allgemeinen rückläufigen Entwicklung in Westdeutschland auf 127.000 Unternehmen gesunken (2000: 135.000). In den neuen Ländern sind 18.000 wirtschaftsaktive Unternehmen gegründet worden (2000: 20.000).

Die meisten Gründungen finden im Dienstleistungsbereich statt. Im Westen beträgt der Anteil des Dienstleistungssektors am gesamten Gründungsaufkommen 54,0 Prozent, im Osten 47,2 Prozent. Gemeinsam mit dem Handel vereinigt der tertiäre Sektor über 80 Prozent aller Gründungen. Einen deutlichen Unterschied gibt es beim Baugewerbe zwischen alten und neuen Bundesländern. Während in Westdeutschland der Bau mit 8,4 Prozent am Gründungsgeschehen beteiligt ist, beträgt der Anteil in Ostdeutschland trotz Baukrise 16,5 Prozent. Die wenigsten Neuerrichtungen finden im Verarbeitenden Gewerbe statt.

Rund 330.000 neue Arbeitsplätze sind in Folge einer Unternehmensgründung in diesem Jahr entstanden. Fast die Hälfte aller Stellen entsteht im Dienstleistungssektor. Im Westen kam es zur Schaffung von 137.000 Arbeitsplätzen, im Osten fanden über 25.000 Menschen bei einem neugegründeten Dienstleister einen Arbeitsplatz.

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschafts- und Konjunkturforschung

Leitung: Michael Bretz, Telefon: (02131) 109-171

Hellersbergstr. 12, D - 41460 Neuss

Alle Rechte vorbehalten

© 2001, Verband der Vereine Creditreform e.V.,
Hellersbergstr. 12, 41460 Neuss

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e.V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten. Lizenzausgaben sind nach Vereinbarung möglich. Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.

Neuss, 06. Dezember 2001